

## **Für autonome Schulpädagogik – im Sinne der Kinder. Resolution GT Education**

Bildungsminister Claude Meisch ersetzt die umstrittene Reform der Lyzeen seiner Vorgängerin Mady Delvaux und präsentiert nun die Autonomie der Schulen als neues Projekt. Minister Meisch unterstützt dabei die Idee, dass jedes Lyzeum seinen schulischen Entwicklungsplan autonom bewerten kann. Um diese umsetzen zu können sieht er vor, eine zentrale Beratungsstelle zu schaffen, die den Dialog zwischen den Direktionen der Lyzeen und dem Ministerium fördern soll. Diese erweiterte Handlungsfreiheit würde sich in folgenden Bereichen widerspiegeln: der Verwaltung der finanziellen Mittel, welche Lyzeen zustehen, der Personalverwaltung, insbesondere bei der Rekrutierung von neuen Professoren, der Aufnahme oder eventueller Ablehnung der Schüler, der Wiederholung einer Schulklasse im Alter von 3 bis 6 Jahren sowie der Festlegung der wöchentlichen Unterrichtsstunden durch die Direktion, um spezifische Ziele für die jeweiligen Lyzeen zu erreichen.

déi Lénk bedauern, dass die vorliegende Reform nicht das Resultat eines umfassenden Diskussionsprozesses ist: Schulen, Lehrpersonal und Gewerkschaften wurden nicht eingebunden. Welches bildungspolitische Prinzip, bzw. welche Studien dieser Reform zu Grunde liegen ist unklar. Dabei stellt die auf den ersten Blick harmlos erscheinende Reform die Einheit des öffentlichen Schul-Angebots in Frage. Viele Fragen bleiben offen: Unter welchen Umständen können Schulen zukünftig Schüler\*innen ablehnen? Wird es Aufnahmeprüfungen geben? Es scheint als könnte die "carte scolaire", die es einem Schüler/einer Schülerin erlaubt in seinem Bezirk zur Schule zu gehen, abgeschafft werden. Es ist zu befürchten, dass die Schulen sich zunehmend spezialisieren und schlussendlich Angebote für unterschiedliche soziale Milieus schaffen werden. Dies würde unweigerlich auch zu einer unterschiedlichen Gewichtung der ausgegebenen Diplome führen. Schulwechsel würden sich für Schüler\*innen wesentlich schwieriger gestalten oder gar unmöglich werden sollten sich die Anforderungen der Schulen an die Schüler\*innen in Zukunft voneinander unterscheiden. Die nötige Diskussion über die pädagogische Orientierung, die noch bei der vorherigen Reform überwog, würde durch die Verstärkung bestehender hierarchischer Kräfte ersetzt, als wäre die Schulqualität abhängig von der Macht der Direktionen/Direktorate.

Es scheint als würde versucht werden, die ideologische Ausrichtung dieser Reform zu vertuschen. Eine Betriebsplanung, die sich an festen Zielen für die Schulen orientieren soll, ein "Ranking" der Schulen, Eigenverantwortung bei der Finanzplanung, der Personalverwaltung und dem pädagogischen Profil: Die Reform zwingt die Sekundar-Schulen dazu sich zu vermarkten und trägt Züge einer Privatisierung. Nächste Etappe könnte eine Public-Privat-Partnership von Schulen mit der Privatindustrie sein sowie die Aussicht für Schüler\*innen, für bestimmte Angebote zahlen zu müssen.

déi Lénk rufen das Lehrpersonal, die Schüler\*innen und ihre Familien dazu auf diese nutzlose und sogar gefährliche Reform abzulehnen. Die pädagogische Autonomie hingegen sollte ernst genommen und weiterentwickelt werden. Das Lehrpersonal sollten selbst über Auswahl und Einsatz ihrer pädagogischen Lernmittel entscheiden können um den spezifischen Anforderungen ihrer jeweiligen Klassen gerecht werden zu können. Eine Vielfalt des pädagogischen Angebots, die sich an den Bedürfnissen der Schüler\*innen orientiert, die gezielte Unterstützung von Spezialist\*innen, das Zurückgreifen auf Praxisforschung, ein professioneller Austausch zwischen Pädagog\*innen und gute Weiterbildungsangebote sind die zentralen Elemente einer pädagogischen Autonomie im Sinne der Schüler\*innen.

déi Lénk fordert darüber hinaus eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Lehrpersonals und die Einbindung der Schüler\*innen und Eltern über regelmäßige Austausche innerhalb der bestehenden Comite-Struktur.